

rot/grüne Konkursbilanz 2004 – 2014

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Castrop-Rauxel ist pleite. Seit 2009 haben wir bereits mehr Schulden als Vermögen. Von insgesamt 445 Mio. € städtischem Vermögen bleibt kein Cent Eigenkapital übrig. SPD Bürgermeister Beisenherz ist mit der ihn tragenden Koalition von rot/grün - nun mit Fakten belegt - **der teuerste Bürgermeister aller Zeiten**. Das Gespann hat nicht nur die **Finanzen der Stadt gegen die Wand gefahren**, sondern dadurch auch noch Rat und Verwaltung zukünftig völlig handlungsunfähig gemacht. Die angehäuften neuen Schulden werden noch unsere Kinder und Kindeskiner tilgen müssen. Mit einem Schuldenstand von rund 50 Mio. € an Kassenkrediten übernahmen rot/grün Ende 2004 die Amtsgeschäfte. **2014 sind mehr als 200 Mio. € an Kassenkrediten zu verzeichnen und die Schulden wachsen weiter!**

Eins sollte allen aber klar geworden sein: **den teuersten Bürgermeister aller Zeiten und die ihn tragende rot/grüne Koalition können wir uns eine weitere Wahlperiode nicht mehr leisten.**

Die **FWI** hat immer die Ausgabenpolitik des Bürgermeisters und von rot/grün scharf kritisiert und eigene Sparvorschläge gemacht. Dazu einige wenige Beispiele unserer Initiativen:

- Verzicht auf Dienstwagen nebst Chauffeur (in 5 Jahren ca. 250 t€).

Können Sie sich rot/grün noch leisten?

- Weitere Verkleinerung des Rates ab 2009 (10 t€/Jahr).
- interkommunale Zusammenarbeit Vermessungswesen, Feuerwehr und Rettungsdienst, Verwaltung u.a. zentrale Beihilfestelle (ca. 2 Mio.-€/Jahr).
- Verzicht auf neue Stellen Integrations- und Demografie-beauftragte(n) da Querschnittsaufgabe (ca. 100 t€/Jahr).
- Wildwuchs an externen Aufträgen / Gutachten stoppen - mehr eigene Expertise nutzen.
- Gewinnabführung Sparkasse Vest (mindestens 500 t€/Jahr).
- Verzicht auf unnötige Projekte. Z.B. Erneuerung Pflaster Altstadt (280 t€) und den Kulturplatz Leo.

Ohne Hilfe Dritter geht es nun nicht mehr. Die verpflichtende Teilnahme am sogenannten **Stärkungspakt des Landes** zeigt allerdings, die Auswirkungen insbesondere für die Bürger in aller Deutlichkeit:

- Die zusätzlichen Finanzmittel des Landes (~ 13 Mio. €) reichen keinesfalls aus um das Defizit auf Dauer auszugleichen. Weitere Schulden müssen aufgenommen werden.
- **Die beschlossenen Belastungen der Bürger durch höhere Steuern, Gebühren und Abgaben sind im Städtevergleich extrem hoch.**

Bürger entlasten!

Um die Belastungen der Bürger zu reduzieren haben wir viele, vorab aufgeführte Vorschläge gemacht. Allein durch diese Maßnahmen ließe sich die von rot/grün beschlossene weitere Grundsteuererhöhung in 2016 von 600 auf 825 Prozentpunkte (höher als in Berlin oder München), die Mieter wie Eigentümer gleichermaßen trifft, erheblich reduzieren oder man könnte die Parkgebühren an Samstagen und die Sportpauschale für die Vereine wieder abschaffen – ein Ziel das die **FWI** auch weiterhin verfolgt.

Keinesfalls darf es so weiter gehen, dass die politische Mehrheit im Rat zum Stopfen der städtischen Finanzlöcher eine unbegrenzte Erhöhung der Steuern und Gebühren in Erwägung zieht, weil keine anderen Lösungen greifen oder gewollt sind.

Gegen die rechtswidrige Abführung von aus Gebühreneinnahmen erwirtschafteten Mitteln des EUV an die marode Stadtkasse klagen wir derzeit vor dem Verwaltungsgericht wie in den Vorjahren gegen die zu hohen Abwassergebühren. Der damalige Prozess war erfolgreich und die Stadt musste Rückzahlungen in Millionenhöhe leisten.

Hinsichtlich der Heranziehung der Bürger nach **KAG (Kommunalabgabengesetz)** bedarf es neuer sozialverträglicher Regelungen für die Anlieger (Beispiel

Wohn- und Lebensqualität erhalten!

Vinckestraße). Es kann nicht sein, dass Bürger für eine von der Stadt unterlassene Instandhaltung nun die komplette Neuerrichtung der Anlagen, mit immens hohen Anliegerbeiträgen, finanzieren müssen. Für die Finanzierung solcher Maßnahmen gibt es eigentlich die Grundsteuer B, die aber in unserer Stadt ausschließlich in den maroden städtischen Haushalt fließt. Wir befürchten, dass das Beispiel Vinckestraße nicht das letzte in unserer Stadt sein wird. **Im Stadtgebiet gibt es viele vergleichbare marode Straßen und Bürgersteige.**

Die enorme Dimensionen der von rot/grün beschlossenen zusätzlichen Belastungen für die Bürger lässt sich allein mit der Summe des „**Kaufkraftentzuges**“ von **über 60 Mio. €** durch die Erhöhungen eindrucksvoll darlegen. Dies in einer Stadt, in der etwa 30% der Familien auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Wir sind der Meinung, dass die überproportional hohen Soziallasten auf alle gleichmäßig verteilt werden müssen und nicht allein von den Bürgern unserer Stadt geschultert werden können. Attraktivitätsverlust, sinkende Einwohnerzahlen, Verfall der sozialen und kulturellen Infrastruktur sind die Folgeerscheinungen. Die in der Landesverfassung verankerte Zusicherung „**vergleichbarer Lebensverhältnisse**“ in den Städten und Kreisen des Landes sind schon lange nicht mehr gegeben.

Landeszuweisungen erhöhen!

Die Situation der Bürger in den umliegenden Städten und Kreisen stellt sich fast ausnahmslos besser dar als bei uns vor Ort. Solidarität muss massiv eingefordert werden, wenn unsere Stadt und der Kreis RE nicht zum Armenhaus der Region werden soll.

Hilfen vom Bund wurden bei der Bundestagswahl 2013 zwar versprochen, kommen aber erst später - viel später (2017) und in geringerem Umfang. Inwieweit Diese in unserer Stadt überhaupt ankommen, bleibt nach wie vor fraglich, denn Diese kommen den Umlageverbänden (Kreis RE und dem Landschaftsverband) zu Gute. Von der bisherigen Entlastungszahlung des Bundes (SGB 12) in Höhe von über 30 Mio. € für den Kreis RE - Anteil unserer Stadt wären mehr als 3 Mio. € - ist nicht ein Cent in unserer Stadt angekommen. Die Mittel sind im „Bermuda-dreieck Kreishaushalt“ versunken.

Das Engagement des Landes NRW mit dem Stärkungspakt ist keinesfalls ausreichend. Hier muss noch kräftig nachgebessert werden.

Zu den allen hier aufgeführten Aspekten haben wir Stellung bezogen und Vorschläge gemacht. Nachzulesen unter www.fwi-cas.de und in den dort abgedruckten Haushaltsreden.

V.i.S.P.:
Tel./Fax/AB:
e-mail:
Internet:
Geschäftsstelle:

FWI >Bürger für Bürgerinteressen<
02305/542569
post@fwi-cas.de
www.fwi-cas.de
Ickerner Str. 8
44581 Castrop-Rauxel Sprechzeiten
montags 18⁰⁰ bis 20⁰⁰ Uhr
und nach Vereinbarung



**am 25. Mai 2014
(gelber Stimmzettel)**

**100% CAS
Sie haben die Wahl!
www.fwi-cas.de**